

«Ungebremst hohe Zuwanderung»

FDP-Nationalrat Philipp Müller ist der Migrationsexperte des Freisinns. Seine Zahlen belegen ein dramatisch hohes Niveau der Zuwanderung. Trotzdem hält der Aargauer Politiker eisern an der Personenfreizügigkeit fest.

Von Roger Köppel



«Dass der Bundesrat die Ventilklausel nicht einsetzte, ist, Pardon, ein Beschiss»: Politiker Müller. Bild: Tom Haller

Die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz steigt ungebremst. Wir haben gegen 1,7 Millionen Ausländer. Die Arbeitslosigkeit wächst, dennoch haben wir Zuwanderung. Sind Sie noch für die Personenfreizügigkeit?

Ja. Natürlich. Ich muss aber einen Vorbehalt anbringen. Wir haben die Instrumente nicht genutzt im Rahmen der Abkommen. Stichwort: Ventilklausel.

Ventilklausel heisst: Die Schweiz hätte die Möglichkeit gehabt, bei anhaltend hoher Zuwanderung Kontingente einzuführen.

Richtig. Die Ventilklausel gab den Leuten eine Sicherheit bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit. Bei übermässiger Einwanderung hätte der Bundesrat gewisse Kontingente wieder einführen können. Er hat das nicht gemacht. Das ist für mich eine grosse Enttäuschung, ja ein Skandal.

Warum drängen Sie nicht darauf, jetzt die Notbremse zu ziehen?

Es bringt nichts mehr. Wir haben zu lange gewartet. Gemäss Vertrag darf die Klausel mit der Zeit immer weniger Wirkung entfalten. Die Masseneinwanderung, die man hätte vermeiden können, hat bereits stattgefunden. Dass der Bundesrat die Ventilklausel nicht einsetzte, ist, Pardon, ein Beschiss. Es ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen. Man kann nicht im Ab-

stimmungskampf hingehen und den Leuten sagen, wir hätten eine Ventilklauseel für den Notfall, aber dann nichts tun, wenn das Dach brennt.

Den Leuten wurde vor Einführung der Personenfreizügigkeit auch gesagt, die Zuwanderung reguliere sich von selbst. Tatsache ist doch: Selbst in der Rezession tritt genau das Gegenteil ein.

Gemäss der reinen liberalen Lehre ist die Personenfreizügigkeit eine gute Sache. Wer einen Job hat, kann kommen. Der Liberalismus allerdings hört auf, wenn einer den Job verliert. Dann müsste er wieder nach Hause gehen. Das Problem liegt darin, dass unser sozialstaatliches Angebot auf einem wesentlich höheren Niveau liegt als dasjenige der EU-Staaten. Deshalb gehen die arbeitslosen Ausländer nicht mehr nach Hause.

Überrascht Sie das?

Mich ärgert die Nonchalance unserer Behörden, die den Leuten keinen reinen Wein einschenken. Tatsache ist: Wir haben seit dem 1. Juni 2007 – damals traten die Freizügigkeitsabkommen mit der EU 15 plus Malta und Zypern in Kraft – eine sehr hohe Zuwanderung. Skandalöserweise wurden die wahren Zahlen immer verschleiert.

Was wurde verschleiert?

Bis zum 1. Juni 2007 hatten wir im Freizügigkeitsabkommen Ausländerkontingente für 15 300 B-Aufenthalter pro Jahr. Diese Kontingente waren jeweils rasch ausgeschöpft, da die Wirtschaft boomte. Also haben die Behörden den von den Unternehmen gewünschten Arbeitnehmern aus dem Ausland halt einfach zu Zehntausenden sogenannte Kurzaufenthaltsbewilligungen erteilt. Diese Bewilligungen kann man aneinanderreihen, ohne dass der Ausländer ausreisen muss. Wohl bestand vor dem 1. Juni 2007 auch für die Kurzaufenthaltsbewilligungen bis 12 Monate Dauer eine Kontingentsbeschränkung. Aber diese Zahl lag bei sehr hohen 115 700 Bewilligungen pro Jahr. Mit dieser Umgehung wurde die Kontingentspolitik für Daueraufenthalter einfach unterlaufen. Die Folge war: Nach dem 1. Juni 2007 wurden Zehntausende von Kurzaufenthaltsbewilligungen in eine Dauerbewilligung im Rahmen der EU-Freizügigkeit umgewandelt, da ja ab diesem Datum die Kontingentsbeschränkungen weggefallen sind. So wurden bereits im ersten Monat nach Wegfall dieser Kontingentsbeschränkung, also im Juni 2007, 10 798 B-Bewilligungen erteilt. In einem Monat also mehr als zwei Drittel des ganzen Vorjahres.

Mit andern Worten: Obschon das Kriterium der Ventilklausele kurz nach Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens erfüllt gewesen wäre, handelte die Regierung nicht.

Für die Anrufung der Ventilklausele musste man zuerst ein Jahr ohne Kontingente abwarten, also vom 1. Juni 2007 bis Ende Mai 2008. Die frühestmögliche Wiedereinführung von Kontingenten wäre auf den 1. Juni 2008 möglich gewesen. Aber damals boomte die Wirtschaft, niemand wollte das. Weil die Behörden vor der Öffnung derart, ich kann es nicht anders sagen, beschissen hatten, ergab sich aber eine überbordende Zunahme der Ausländerzahl.

Trotzdem handelte man auch bei der zweiten Gelegenheit, die Ventilklausele anzurufen, nicht. Das wäre auf den 1. Juni 2009 möglich gewesen, als sich mehr als deutlich abgezeichnet hat, dass die Arbeitslosigkeit in der Schweiz rasch zunimmt. Die Notbremse wurde nicht gezogen, grob fahrlässig. Es kommt mir vor wie bei einem Auto, das auf einer kurvenreichen Bergstrasse zu Tal donnert, alle Passagiere rufen, man solle bremsen, aber der Chauffeur pennt.

Kommen wir zur aktuellen Situation. In einem Interview wiegelte Doris Leuthards Chefökonom Serge Gaillard am Wochenende ab, es gebe noch keinen Grund zur Beunruhigung. Man müsse die Situation auf den Arbeitsmärkten beobachten, es gebe noch keine eindeutigen Trends.

Ich weiss nicht, auf welchem Planeten Herr Gaillard lebt. Tatsache ist: Wir hatten 2008 bei der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung die grösste Zunahme seit Menschengedenken, auf jeden Fall seit 1850. Insgesamt haben im letzten Jahr 157 000 Ausländer eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, notabene die Kurzaufenthalter und die Asylsuchenden nicht eingerechnet. Wir haben zwar heute im Krisenjahr eine leichte Abnahme der Zuwanderung, allerdings auf sehr hohem Niveau. Gestützt auf die Zahlen vom 1. Januar bis Ende August 2008 werden wir hochgerechnet auch im laufenden Jahr eine Bruttoeinwanderung von rund 127 000 neuen Ausländern zu verzeichnen haben. Das ist eine extrem hohe Zahl, wenn man sie mit früheren Krisenjahren vergleicht. Einfach gesagt: In den Achtzigern und Neunzigern erreichte die Bruttoeinwanderung nur in Vollbeschäftigungsjahren diese Höhe. Heute sind wir auch in der Rezession auf diesem Niveau. Das ist alarmierend.

Vor der Krise wurde den Schweizern erzählt, in einer Rezession würden die Leute wieder nach Hause gehen.

Genau das passiert nicht. Die Rückwanderung, die nicht stattfindet, ist das grösste Problem. Im letzten Jahr hatten wir – wie erwähnt – eine Zuwanderung von 157 000. Gegangen sind 54

000. Das ergibt rechnerisch und ohne statistische Korrekturen eine Wanderungsbilanz von 103 000 Ausländern, die neu als Daueraufenthalter in der Schweiz leben. Für das Jahr 2009 rechnen wir mit einer Bilanz von immerhin noch über 70 000 Leuten. Zum Vergleich: In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hatten wir bei schlechter Wirtschaftslage Wanderungsbilanzen zwischen 9000 und 27 000 zu verzeichnen. Früher kamen also weniger, zudem war die Rückwanderung in Krisenzeiten höher.

Auch die deutsche Botschaft meldet den ungebrochenen Zustrom von 1000 neuen Deutschen pro Monat.

Die Botschaft irrt. Die grösste Kategorie der Zuwanderung bildet Deutschland, dann kommt Portugal, dann Frankreich. Seit dem 1. Januar 2009 bis Ende August 2009 sind insgesamt 22 779 Deutsche eingewandert, davon 16 632 Erwerbstätige, der grösste Teil des verbleibenden Restes ist Familiennachzug. Wenn ich das auf den Monat umrechne, kamen brutto im Durchschnitt 2847. Nach Berücksichtigung der Wiederausreisen ergibt sich ein durchschnittlicher Wanderungsbilanzüberschuss von 1660 Deutschen pro Monat.

Sie sagen, die Zuwanderung nehme auf hohem Niveau leicht ab. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit. Es kommen also mehr Leute, als unsere Arbeitsmärkte verkraften.

Nein, der Arbeitsmarkt nimmt die einwandernden Erwerbstätigen auf, ansonsten könnten sie ja gar nicht kommen. Aber ich beobachte eine Umschichtung bei der erwerbstätigen ausländischen Bevölkerung. Nehmen wir ein anschauliches Beispiel: Wir haben die grösste Arbeitslosigkeit im Sektor drei, Dienstleistungen, dazu gehört unter anderem das Gastgewerbe. Trotzdem finden seit Januar 2009 in der Schweiz rund 75 Prozent der Neuzuwanderung im Dienstleistungssektor statt. Gerade im Gastgewerbe, wo wir eine hohe Arbeitslosigkeit registrieren, haben wir anteilmässig auch die grösste Zuwanderung.

Die Ausländer wandern in unseren Sozialstaat ein.

Nein. Wir haben keine Direkteinwanderung in den Sozialstaat, aber wir verzeichnen eine steigende Sockelarbeitslosigkeit. Gleichzeitig steigt die Qualität bei den Arbeitskräften. Wo Sie früher in einem Restaurant beispielsweise von einem angelesenen Serben unfreundlich bedient wurden, serviert heute ein ausgezeichnet geschulter Gastronomiefacharbeiter aus Deutschland. Ähnliche Entwicklungen sehen wir in der Baubranche. Das begrüsse ich ausdrücklich.

Vielleicht begrüßen Sie das, weil Sie die Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit verdrängen. Die Unternehmer profitieren, die neuen Angestellten profitieren, aber die Sozialkosten steigen mit schlimmen Folgen für das Steuerklima in der Schweiz.

Diese Langzeitfolgen sind zu befürchten, wenn wir nicht entschiedener auf die Rückwanderung drängen. Das müssen wir tun, denn entgegen vielen Diagnosen haben wir nicht einfach eine reine Elitenmigration, sondern das Gegenteil: Es gibt eine ungebremst hohe Zuwanderung in niedrige und mittlere Einkommens- und Qualifikationsklassen. In diesen Bereichen ist auch das Risiko der Arbeitslosigkeit höher.

Der Freiburger Ökonom Reiner Eichenberger sagt, dass uns die enorme Zuwanderung einen Produktivitätsverlust gebracht habe.

Was Eichenberger darlegt, sage ich schon lange. Der Kuchen wird zwar in absoluten Zahlen gesehen grösser, aber wir müssen ihn auch durch immer mehr Leute teilen. Die Produktivität pro Kopf nimmt ab, gerade weil wir eben nicht nur eine Elitenzuwanderung haben. Luxemburg zum Beispiel macht es besser, dort finden wir Zuwanderung vor allem im Hochlohn-Sektor.

Die Gegner der Personenfreizügigkeit haben immer davor gewarnt, dass eine zu lasche Einwanderung das Wohlstandsniveau der Schweiz senken werde. Genau das trifft ein.

Unser Bruttoinlandsprodukt pro Kopf geht zurück. Im Moment. Aber wenn es uns gelingt, die allgemeine Qualität der Arbeitskräfte über alle Branchen hinweg zu steigern und gleichzeitig darauf zu achten, dass diejenigen, die dauerarbeitslos sind, das Land früher oder später wieder verlassen, werden wir ein steigendes Bruttoinlandsprodukt verzeichnen. Deshalb ist der Rückwanderungsfaktor entscheidend.

Scheitert Ihr Modell nicht an der Realität? Wir müssten den totalen Darwinismus des freien Marktes einführen. Wenn ein Schweizer wegen eines besseren Polen seinen Job verliert, müsste der Schweizer wie im 19. Jahrhundert auswandern, um beispielsweise in Polen eine Stelle zu finden. Diese totale Beweglichkeit und Freizügigkeit machen die Schweizer, aber auch die meisten Europäer nicht mit. Man bleibt lieber dort, wo die höchsten Arbeitslosengelder locken.

Wenn Migration unter einem rein puristisch liberalen Standpunkt stattfindet, gibt es kein Prinzip der Nationalitäten mehr. Dann gibt es nur noch Leistung. Das aber funktioniert nicht, da haben Sie recht. Man kann diesen Standpunkt nicht verabsolutieren. Ich widerspreche Ih-

nen allerdings: Wir haben heute keine absolute Freizügigkeit! Und die Kündigung der Verträge ist sicherlich keine Option im Moment. Wir haben ja Steuerungsinstrumente und Regulative.

Sie erinnern mich an einen thailändischen Bademeister, der beim Anblick der Tsunamiwelle ein Plastiksurbrett aus dem Schrank holt und damit am Strand die Flut aufhalten möchte.

Unsinn. Wir sind nicht konsequent genug, wir sind zu nett, zu harmoniesüchtig. Man möchte es der EU recht machen, siehe die Angst vor der Ventilklause. Bundesrätin Leuthard glaubte noch im Herbst 2008 null Anzeichen einer Krise zu sehen. Mit dieser Fahrlässigkeit wurde operiert. Der Vollzug harzt. Dabei hätten wir taugliche Instrumente. Wir könnten beispielsweise EU-Ausländern, die während ihres ersten Aufenthalts von fünf Jahren mindestens zwölf Monate arbeitslos waren, nach Ablauf der Fünfjahresbewilligung das Bleiberecht auf zwölf Monate verkürzen. Ich gehe davon aus, dass unsere Behörden hier viel zu lasch arbeiten.

Wie kommen Sie darauf?

Ich wollte von der Verwaltung in Bern die exakten Zahlen haben, aber man konnte oder wollte mir nicht sagen, in wie vielen Fällen anstatt einer einjährigen eine fünfjährige Aufenthaltsbewilligung erteilt wurde an Leute, die darauf gar keinen Anspruch mehr hätten. Das Seco kennt die Faktenlage gar nicht oder gibt sie nicht bekannt. Ich finde dies skandalös. Und man muss wissen: Wenn einer zum zweiten Mal seine fünfjährige Arbeitsbewilligung bekommen hat, kann er definitiv bleiben. Nur bei der ersten Verlängerung kann die Gültigkeitsdauer beschränkt werden.

Unsere Sozialwerke sind nicht gebaut für die Masseneinwanderung.

Das ist ein weiteres Problem. Theoretisch kann ein EU-Ausländer, der in seinem Heimatland genügend lange Sozialversicherung einbezahlt hat, nach einem Arbeitstag in der Schweiz bei uns die volle Arbeitslosenunterstützung beziehen. Er wird aber nicht nach einem Tag eine Kündigung provozieren, sondern erst nach vier Wochen. Dann nämlich werden ihm die Sozialleistungen nach seinem letzten erzielten Einkommen bezahlt. Vorher gilt der versicherte Lohn, Basis Herkunftsland. Ich muss aber betonen, dass derartige Fälle unter dem Aspekt des Missbrauchs ganz genau angeschaut und geahndet würden, bis hin zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung.

Wie würden Sie die Schwellen erhöhen?

Wir müssen die Bezugsdauer bei der Arbeitslosenversicherung an die Beitragsdauer knüpfen. Das wird einen gewissen Abhalteeffekt erzielen.

Aber es bleibt doch unsinnig, eine Person, die zehn Jahre in Rumänien Sozialversicherungsprämien einzahlte und dann nach kurzer Zeit bei uns arbeitslos wird, eins zu eins in die Schweizer Arbeitslosenkassen zu übernehmen.

Ich könnte provokativ hinzufügen: Wenn es einer Person gelingt, in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, kann sie an unserem Wohlstand teilhaben, den wir über Generationen aufgebaut haben. Umso wichtiger ist es, dass wir die Instrumente anwenden, die wir haben. Die Freizügigkeit darf aber nicht nur durch die Negativ- oder Missbrauchsbrille betrachtet werden. Sie beschreiben unser Klima ja auch nicht dadurch, dass Sie den grauen, regnerischen November darstellen. Die Freizügigkeit bringt unter dem Strich noch immer eine positive Bilanz – auch bei den Sozialversicherungen.

Durch die Politik der offenen Grenzen sind wir gezwungen, im Inland einen gewaltigen Kontrollapparat aufzubauen. Das ist weder liberal noch schlau.

Ich widerspreche. Wir könnten die Zuwanderung managen. Warum hat denn der Bundesrat die Ventilklausel nicht benutzt? Weil schon beim ersten Gedanken daran EU-Botschafter Michael Reiterer den Drohfinger zeigte, so könne man aber nicht umgehen mit Freunden. Unsere harmoniesüchtige Regierung knickte sofort ein. Wir haben immer und sofort Angst.

Mal Hand aufs Herz: Sie halten doch nur deshalb an der Personenfreizügigkeit fest, weil Sie es sich mit Parteipräsident Pelli nicht verderben wollen.

Welch nette provokative Frage, aber leider kompletter Unsinn. Ich bin nicht bekannt dafür, dass ich aufs Maul sitze, wenn es um heisse Themen geht. Ihre Strategie ist keine. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit würde zur Kündigung der bilateralen Verträge führen, da kann Christoph Blocher noch so lange das Gegenteil erzählen. Und wenn ich mir vorstelle, wie unsere Leute allenfalls neue Verträge aushandeln, graut mir schon jetzt. Nein. Wir müssen die Kontrollinstrumente und die Sanktionsmöglichkeiten benützen, die wir haben.

Kann es sein, dass Sie seit Ihrer Berufung zum FDP-«Leuchtturm» dem Hausfrieden in Ihrer Partei zuliebe die Personenfreizügigkeit verteidigen, die Sie im Innersten längst als falsch durchschauen?

Ihre Zeitachse stimmt nicht. Im März 2008 wurden die Leuchttürme eingeführt. Noch danach zog mir Fulvio Pelli gleich mehrmals den Strom raus. Später bekam ich wieder Starkstrom.

Ich habe keine Angst, auch bei der Nomenklatura der FDP meine Ansicht zu vertreten. Vergessen Sie Ihre These.

Traut man Ihren Zahlen, müssen wir die Notbremse ziehen. Man hat sich getäuscht, man hat sich eine weltfremde Zuwanderungseuphorie herbeigeträumt. Wir bekommen zu viele Leute – und der Wohlstand sinkt.

Ich teile Ihre Diagnose nur teilweise. Es gibt einen momentanen Niedergang beim Wohlstandsniveau. Ich betone nochmals: Wir müssen unsere Instrumente einsetzen. Auch die Verschärfung der Arbeitslosenversicherung wird umzusetzen sein! Erst wenn unsere Behörden weiter schlafen sollten, dürfte der Druck Richtung Vertragskündigung steigen. Die SVP geht ja offensichtlich schon in Stellung.

In der Summe: Bringt die Personenfreizügigkeit mehr, als sie bisher geschadet hat?

In der Summe eindeutig mehr. Aber ich kann Ihre Grundhaltung nachvollziehen. Eigentlich müsste Migrationspolitik im Ökonomiebereich für die Schweiz reine Interessenpolitik sein. Man nimmt nur, wen man wirklich braucht. Wir müssten es knallhart wie die Australier oder die Kanadier machen. Wir nehmen nur auf, wen wir brauchen. Entsprechend werden die Aufenthaltsbewilligungen verteilt. Schlechter Qualifizierte dürfen nur für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses bleiben. Unternehmer und Nobelpreisträger erhalten gleich permanentes Bleiberecht.

Warum setzen Sie sich für die Personenfreizügigkeit ein und nicht für diese Interessenpolitik?

Weil ich nicht im luftleeren Raum politisiere. Zwei Drittel unserer Exporte gehen in die EU. Im Ausland verdienen wir den Wohlstand. Die EU bestand von Anfang an auf der Personenfreizügigkeit. Hätten wir da geklemmt, wäre es nie zu bilateralen Verträgen gekommen. Die Schweiz ist nicht so frei inmitten dieses Gebildes. Es stehen 500 Millionen Europäer gegen 7 Millionen Schweizer. Sie können keine Interessenpolitik gegen alle ihre Nachbarn machen. Mir war allerdings von Anfang an klar, dass die Personenfreizügigkeit nicht nur positive Seiten hat. Aber die Gesamtbilanz zählt.

Sind wir auf dem Weg zur Übervölkerung?

Bei einem Bevölkerungswachstum von 1,4 Prozent pro Jahr, wie wir es 2008 hatten, würde sich die Schweizer Wohnbevölkerung in den nächsten fünfzig Jahren wohl verdoppeln. Dieses Wachstum überfordert uns integrationsmässig, aber auch die Infrastruktur wird überlastet.

Da kommen gewaltige Kosten auf uns zu. Bundesrat Leuenberger spricht von 200 Milliarden Franken in den nächsten zwanzig Jahren. Irgendwann stellt sich die Frage nach der Lebensqualität. Wir haben etwa 41 000 Quadratkilometer Fläche. Die Siedlungsfläche beträgt 2800 Quadratkilometer. Dazu kommen 37 Prozent Landwirtschaftsfläche. Nur gerade 18 000 Quadratkilometer können also genutzt werden. Punkto Bevölkerungsdichte ist das Schweizer Mittelland bereits heute in den Top Ten der Welt. Vergleichbar sind die Niederlande mit 470 Menschen pro Quadratkilometer. Wenn ich lese, dass die Niederlande Anzeichen von Dichtestress aufweisen, schaue ich sorgenvoll in die Zukunft. Unter diesem Aspekt haben wir keinen Platz mehr für weitere ein bis zwei Millionen Menschen, wie dies das Bundesamt für Raumentwicklung ausgerechnet hat.

Auch im Asylbereich steigen die Zahlen wieder. Bis Ende September 2009 wurden bereits wieder über 12 000 Asylgesuche eingereicht. Unter Christoph Blocher, dem Vorgänger der heutigen Justizministerin Widmer-Schlumpf, sind die jährlichen Gesuche von über 20 000 auf rund 11 000 gesunken.

Mich irritiert, dass Frau Widmer-Schlumpf ständig mit dem Finger auf Christoph Blocher zeigt, er habe die Strukturen auf 10 000 Asylgesuche pro Jahr heruntergefahren, deshalb sei man heute überfordert. Selbst wenn es so wäre, die Frau ist seit zwei Jahren im Amt. Mehr noch: Die Justizministerin verschleppt eine Verschärfung des Asylgesetzes seit Ostern 2008.

Lässt man die Zügel schleifen in Bern?

Das ist leider so. Der Vollzug klappt nicht. Wir hatten erstinstanzliche Pendenzen von 12 656 Fällen im Dezember 2008. Im September 2009 sind es 13 121 Pendenzen. Dies, obschon mehr Leute im Bundesamt für Migration an der Front arbeiten. Zudem stelle ich fest, dass die Anerkennungsquoten wieder steigen.

In Ihrer Partei sind Sie mit den Ausländerthemen ein einsamer Rufer. Müsste sich der Freisinn nicht stärker und kritischer mit Migration befassen?

Ich muss jetzt wirklich eine Lanze brechen für die FDP. Der Freisinn hat die Verschärfung des Asylrechts und das neue Ausländergesetz in der letzten Legislatur nicht nur voll mitgetragen, sondern aktiv gestaltet. Meine Kollegen haben eingesehen, dass wir an diesem Thema nicht vorbeikommen. Aber es ist nicht unser Kernthema, daher finde ich, dass wir es nicht übertreiben sollten.